Artikel aif t-online vom 16.03.2026 von Camilla Kohrs:

Scharfe Kritik an van Aken: Antisemitismus-Streit eskaliert in der Linken:

Ein Beschluss aus Niedersachsen spaltet die Linke in der Nahost-Debatte. Ein prominentes Mitglied tritt aus, andere kritisieren scharf. Die Parteispitze versucht, abzuwiegeln.

"Es geht nicht mehr. Und ich kann nicht mehr." Mit diesen Worten besiegelte Brandenburgs Antisemitismusbeauftragter und Linken-Politiker Andreas Büttner am Sonntag seinen Parteiaustritt. In einem zweieinhalbseitigen Schreiben an die Partei beschreibt Büttner seiner Beweggründe: In der Partei werde Antisemitismus verbreitet und geduldet, außerdem fänden Veranstaltungen mit Antisemiten statt, so Büttner. Den Ausschlag aber habe nun ein Beschluss der Linken Niedersachsen gegeben. Das habe für ihn "eine Grenze überschritten."
Der Beschluss hat es in sich: Der Landesverband lehnt darin "den heute real existierenden Zionismus ab." In dem Antrag, der am Sonntag mit mehr als 65 Prozent angenommen wurde, wird Israel als ein Apartheidstaat bezeichnet, der einen Genozid begehe. Zudem sei der politische Zionismus einer der wesentlichen Hinderungsgründe "für eine friedliche Zukunft für alle Menschen in der Region", heißt es in dem zweiseitigen Antrag.

Formulierung hinterlässt Fragezeichen

Israel und der Zionismus – also das Streben nach einem jüdischen Staat und die Bewahrung dessen – der wesentliche Hinderungsgrund für Frieden in der Region? Landesverband und auch die Bundesspitze wollen das anders verstanden wissen. Noch am Sonntag veröffentlichte der Landesverband eine Pressemitteilung, in der er dieser Lesart widerspricht: In dem beschlossenen Antrag werde lediglich der "real existierende Zionismus" abgelehnt, es sei keine "pauschale Ablehnung eines abstrakt definierten Zionismus".
Auch diese Formulierung hinterlässt Fragezeichen. Was soll das bedeuten? Auf Nachfrage erklärte Parteichef Jan van Aken in der wöchentlichen Pressekonferenz der Parteispitze am Montag, es sei falsch, dass der Antrag "Nein zum Zionismus" sage. "Das stimmt nicht, das steht da nicht drin." Stattdessen gehe es um das, was heute von der "rechtsextremen Netanjahu-Regierung" praktiziert wird, so van Aken. Er selbst finde den Beschluss nicht gut und hätte einiges anders formuliert. Aber: Wenn man ihn Satz für Satz durchgehe, stehe

da nichts Falsches drin, sagte van Aken. "Nichts, was unsere Parteitagsbeschlüsse von Halle und Chemnitz verletzen würde." Er sehe in dem Beschluss auch das Existenzrecht Israels nicht angetastet.

Partei will es als Kritik an Netanjahu verstanden wissen

Van Aken macht damit deutlich: Die Bundespartei will den Beschluss als Kritik an der Politik der Regierung von Benjamin Netanjahu verstanden wissen. Das Problem: Das steht da so nicht drin. Es wird lediglich geschrieben, dass der Zionismus historisch keine "einheitliche Ideologie" gewesen sei.

Und so interpretiert jeder den Beschluss, wie er möchte. Besonders eindeutig fällt das Urteil der "Landesarbeitsgemeinschaft Palästinasolidarität" aus. Aus ihrem Kreis kam der Antrag, der ursprünglich noch radikaler formuliert war: Antragsteller Erik Uden hatte ursprünglich gefordert, den Zionismus im Ganzen abzulehnen. Für die Landesarbeitsgemeinschaft aber macht die Umformulierung zu "real existierenden Zionismus" keinen Unterschied: In einem Video auf Instagram bejubeln sie die Abstimmung. Ein Mitglied der Gruppe, Thies Kehmeier, sagt in die Kamera: "Wir als Linke Partei in Niedersachsen schaffen es, uns klar vom Zionismus und dessen Folgen zu distanzieren und sind als erster Landesverband antizionistisch."

"Wirklich schlimm", nannte van Aken das Video am Montag. Es arbeite mit vielen falschen Behauptungen. Er sprach von vereinzelten Menschen im Umfeld der Partei, die versuchen würden, die Israel-Palästina-Debatte zu nutzen, um ihre Zwecke zu verfolgen. "Das darf man nicht ernst nehmen", wiegelt van Aken ab. Uden, der den Antrag eingebracht hatte, dankte van Aken in dem sozialen Netzwerk "Mastodon" hingegen: "Danke, Jan van Aken, für diese Positionierung zu meinem Antrag."

"Damit wird das Existenzrecht Israels abgelehnt"

Andere Parteimitglieder allerdings nehmen diese Bestrebungen durchaus ernst. So etwa Bodo Ramelow, früherer Ministerpräsident Thüringens und heutiger Bundestagsabgeordneter. "Wer den Kampf gegen den Zionismus zum Zentrum von Parteitagen der Linken in Deutschland macht, wer mehr Kraft aufwendet, die innerparteiliche Debatte in der deutschen Linken gegen die Existenz Israels zu richten, der missbraucht eben auch nur das Leid der Palästinenser zum innerparteilichen Landgewinn", sagte Ramelow dem "Spiegel." Jan Korte,

früherer Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, sagte dem Blatt: "In der Linken gibt es ein massives Antisemitismusproblem."
Auch Kai Beitelmann schätzt die Lage gänzlich anders ein als van Aken. Beitelmann war bis Mitte 2025 Mitglied des Landesvorstandes in Niedersachsen und ist heute Co-Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Shalom, einem Zusammenschluss von Linken-Mitgliedern, die sich gegen Antisemitismus einsetzen. Er war am Wochenende auch auf dem Parteitag, kritisiert die Aussagen van Akens: "Er ignoriert massive Verschiebungen in den Parteigrundsätzen oder nimmt diese zumindest hin", sagte Beitelmann t-online. "Bodo Ramelow und Jan Korte haben recht: Die Linke hat ein ernstzunehmendes Antisemitismusproblem – und Jan van Aken scheint aktuell kein Teil der Lösung dessen zu sein."
Beitelmann verurteilt auch den Beschluss scharf. "Er steht ganz klar gegen die Grundsätze der Partei". Die Formulierungen zu "real existierendem" und "abstraktem" Zionismus seien eine Scheindebatte. Für ihn ist klar: "Damit wird das Existenzrecht Israels abgelehnt."

Parteispitze will eigenen Antrag einbringen

So sieht es auch Brandenburgs Antisemitismusbeauftragter und nun Ex-Parteimitglied Büttner. "Zionismus ist die Idee, dass das jüdische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat hat", schreibt Büttner in seinem Brief. "Zionismus abzulehnen bedeutet nichts anderes, als das Existenzrecht Israels infrage zu stellen."
Auch wenn die Parteispitze versucht, es als Einzelmeinungen darzustellen: Das Thema Nahost-Konflikt schwelt seit Monaten in der Partei. Nun scheint der Grundsatzstreit über das Verhältnis zu Israel zu eskalieren.
Das will die Parteispitze verhindern. Die Bundespartei habe jetzt einen eigenen Antrag auf den Weg gebracht, um ihre Position zum Nahostkonflikt zu aktualisieren, sagte van Aken. Die Vorstellung van Akens: Auf dieser Grundlage soll nun debattiert werden, damit auf dem Parteitag im Juni dann Einigkeit herrscht. "Ich bin frohen Mutes im Moment, dass wir die Debatte sachlich, fachlich in den nächsten zwei Monaten führen." Diese Hoffnung dürfte wohl nicht jeder teilen.

Weiterer Artikel auf t-online zu diesem Thema, aktualisiert am 16.03.2026 von dpa:

Parteiaustritt: Antisemitismus-Debatte: Warum ein prominenter Linker geht

Der brandenburgische Antisemitismus-Beauftragte Andreas Büttner eckte in seiner Partei an. Jetzt verlässt er die Linke mit bitterer Kritik. Seine Partei erlebt die x-te Neuauflage einer Debatte.

Die Linke ringt schon wieder mit einer Antisemitismus-Debatte - wieder aus Anlass eines prominenten Parteiaustritts. Diesmal ist es der Brandenburger Antisemitismusbeauftragte Andreas Büttner, der die Partei verlässt, und zwar mit den Worten: "Es geht nicht mehr. Und ich kann nicht mehr." Parteichef Jan van Aken bedauerte Büttners Schritt, wies Antisemitismus-Vorwürfe jedoch abermals zurück.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hat für Büttner offensichtlich der Landesparteitag der niedersächsischen Linken am Wochenende. "Die Linke Niedersachsen lehnt den heute real existierenden Zionismus ab", heißt es in einem Beschluss. Darin stehen auch die umstrittenen Vorwürfe, die israelische Regierung betreibe einen "Genozid" im Gazastreifen und in "Israel und den besetzten Gebieten" herrsche "Apartheid".

Auf den Beschluss reagierte auch der Linken-Politiker Bodo Ramelow scharf. Wer den Kampf gegen den Zionismus zum Zentrum von Parteitagen mache und die innerparteiliche Debatte gegen die Existenz Israels richte, der missbrauche das Leid der Palästinenser, sagte der Bundestagsvizepräsident dem "Spiegel". Die Linke müsse aufpassen, dass sie nicht zur "Sekte" werde. Der frühere Linken-Fraktionsgeschäftsführer Jan Korte sagte es noch deutlicher: "In der Linken gibt es ein massives Antisemitismusproblem."

"Kann nicht Mitglied bleiben"

Büttner zog in einer Erklärung seine persönliche Konsequenz: "Ich kann nicht länger Mitglied dieser Partei bleiben, ohne meine eigenen Überzeugungen zu verraten." Neben dem Beschluss aus Niedersachsen nannte der brandenburgische Antisemitismusbeauftragte noch weitere Gründe für den Bruch mit seiner Partei.

Dazu gehört, dass sich die Linke auf einem Bundesparteitag von der in Deutschland gängigen Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedet hat.

Stattdessen ist offizieller Maßstab der Linken seither die sogenannte Jerusalem-Erklärung, die mehr Raum für Kritik an Israel lässt. Aus Büttners Sicht relativiert sie "in zentralen Punkten antisemitische Narrative".

Brandanschlag auf Wohnhaus

Besonders schwer wiege der Umgang der Linken mit Angriffen gegen ihn selbst, erklärte Büttner, der früher auch zeitweise in der CDU und in der FDP war. Im Januar hatten Unbekannte auf Büttners Grundstück in Templin ein Gebäude neben seinem Wohnhaus in Brand gesetzt. Verletzt wurde niemand. Am Tatort fand man ein rotes Dreieck, das laut Generalstaatsanwaltschaft dem Zeichen der palästinensischen Terrororganisation Hamas entspricht.

Büttner beklagt fehlende Solidarität in den eigenen Reihen, Beschimpfungen und Diffamierungen. Sogar ein Parteiausschlussverfahren hatten Mitglieder gegen ihn angestrengt.

"Kein Antisemitismusproblem"

Parteichef van Aken sagte auf entsprechende Fragen bei einer Pressekonferenz, er respektiere Büttners Schritt und "bedaure das natürlich sehr". Zugleich meinte er, dass die Linke ein Antisemitismusproblem in den eigenen Reihen verkenne, "das kann ich so nicht stehen lassen". Die Partei stelle sich klipp und klar gegen Antisemitismus.

Der ursprüngliche Zionismus-Antrag aus Niedersachsen sei entscheidend verändert worden und richte sich nicht gegen Zionismus allgemein, fügte er hinzu. Der Begriff beschreibt in der Regel die im 19. Jahrhundert begonnene Bewegung, einen eigenen Staat für Juden in Palästina zu gründen. Laut van Aken ging es den niedersächsischen Genossen um den "heute real existierenden Zionismus" der israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu.

Der Parteichef sagte, die Wortwahl - auch die Worte Genozid und Apartheid - bewege sich im Korridor der Beschlüsse der Bundespartei, die sich für eine Zwei-Staaten-Lösung, für ein Existenzrecht Israels und gegen Antisemitismus ausspricht. Gleichwohl räumte van Aken ein: "Dieser Beschluss hat eine grobe Schlagseite, deshalb finde ich ihn nicht gut."

Parteispitze in der Klemme

Van Aken ist damit zum wiederholten Mal in der Klemme dieser innerparteilichen Debatte: Viele, vor allem viele junge Mitglieder fordern mehr Unterstützung für die Palästinenser. Dabei lassen sie sich

auch davon nicht bremsen, dass ihre Wortwahl von jüdischen Deutschen als antisemitisch, verletzend, bedrohlich und gefährlich empfunden wird.
Ein paar Beispiele:
Die Jugendorganisation Solid hatte in einem Beschluss von einem "kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts" gesprochen - eine Wortwahl, die die Parteispitze rügte.
Der Bürgermeisterkandidat der Linken in Berlin-Neukölln, Ahmed Abed, nannte den Bürgermeister aus Neuköllns israelischer Partnerstadt Bat Yam, Tzvika Brot, bei der Veranstaltung im Rathaus einen "Völkermörder".
Die Linke in Berlin-Neukölln plante eine propalästinensische Solidaritätsveranstaltung, zu der sich auch eine Gruppe ansagte, die laut Verfassungsschutz Bezug zur Hamas hat - also zu jener Islamistenmiliz, die den Terrorüberfall auf Israel vom 7. Oktober 2023 verübte, auf den Israel dann mit dem Gaza-Krieg reagierte.

Thema auch im Wahlkampf

In Berlin waren schon im Herbst 2024 wegen des Streits über den Nahostkonflikt und Antisemitismus mehrere prominente Mitglieder wie der frühere Kultursenator Klaus Lederer aus der Partei ausgetreten. Das Thema ist für die Linke auch eine offene Flanke im Berliner Wahlkampf, wo die CDU immer wieder auf Antisemitismus-Vorwürfe hinweist.
Beim Bundesparteitag der Linken im Juni in Potsdam steht das Thema erneut auf der Tagesordnung. Dort werde die Linke ihre "Position aktualisieren", kündigte Parteichef van Aken an.